FileNr:77|id:HB030722347|date:2007-03-22|source:HB|title:Pariser Visionen

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

RUTH BERSCHENS Schon vier Wochen vor der Praesidentschaftswahl zeichnet sich in Frankreich eine klare Mehrheit ab: 63 Prozent der Unternehmer und 56 Prozent der Arbeitnehmer verlangen einen wirtschaftspolitischen Neuanfang.

Die Botschaft ist bei den aussichtsreichsten Praesidentschaftskandidaten im Prinzip angekommen. Der konservative Innenminister Nicolas Sarkozy verspricht den "besonnenen Wandel", die Sozialistin Ségolène Royal verkauft sich als "Kandidatin der Wende", und der Zentrumspolitiker François Bayrou wirbt fuer einen "neuen politischen Ansatz" .

Den braucht die franzoesische Wirtschaft auch dringend. Nach zwoelf Jahren unter Jacques Chirac sammelt das Land Negativrekorde: Beim Wirtschaftswachstum rutschte Frankreich ans Ende der EU-Skala ab, bei der Arbeitslosigkeit liegt das Land an der Spitze.

Ursache allen Uebels ist der uebergewichtige Staat. In keiner anderen Industrienation ist der Anteil der Beamten an der Erwerbsbevoelkerung so hoch wie jenseits des Rheins. Die Staatsverschuldung hat sich in Chiracs Amtszeit auf knapp 1,2 Billionen Euro fast verdoppelt. Zugleich explodierte die staatliche Abgabenquote: Nirgendwo sonst zahlen Kapitaleigner so viel Vermoegensteuer, Arbeitgeber so hohe Beitraege zur Sozialversicherung wie in Frankreich. "Wir brauchen Luft", stoehnt Arbeitgeberpraesidentin Laurence Parisot in ihrem gleichnamigen neuen Buch.

Frankreich ist reif fuer liberale Reformen. Doch kein Praesidentschaftskandidat wagt es, offen dafuer zu werben. Zu gross ist die Angst, vom traditionell staatsglaeubigen und marktfeindlichen Volk an der Wahlurne abgestraft zu werden. Zwar klagen alle Kandidaten ueber Staatsverschuldung und Abgabenlast. Doch konkrete Einschnitte beim Moloch Staat kuendigt fast niemand an.

Das gilt vor allem fuer Ségolène Royal. Die Sozialistin denkt nicht daran, den Sozialstaat schlanker zu machen. Im Gegenteil: Sie verspricht hoehere Sozialleistungen von den Renten ueber das Arbeitslosengeld bis zur Sozialhilfe. Und sie kuendigte neue Lasten fuer die Unternehmen an. So will sie die gesetzliche 35-Stundenwoche auf Unternehmen mit weniger als 20 Beschaeftigten ausdehnen und den gesetzlichen Mindestlohn binnen fuenf Jahren von derzeit 1250 Euro auf 1500 Euro anheben. Ausserdem plant Royal, den Arbeitsvertrag Contrat Nouvelle Embauche (CNE), der vereinfachte Kuendigungsmoeglichkeiten vorsieht, wieder abzuschaffen.

Mit diesem Programm macht sich Royal zum Schreckgespenst der Wirtschaft. Der Meinungsaustausch mit der Sozialistin sei "nicht immer einfach", konstatiert Arbeitgeberpraesidentin Parisot. Zu den Vorstandschefs der franzoesischen Grossunternehmen hat die Sozialistin keinen Kontakt. Einladungen des mittelstaendischen Unternehmerverbands CGPME schlug sie bislang aus.

Dagegen profiliert sich Zentrumskandidat Bayrou erfolgreich als Kandidat des Mittelstands. Er verspricht einen "Small Business Act" nach US-Vorbild. Demnach sollen oeffentliche Auftraege im Wert bis zu 50 000 Euro nur noch an kleine und mittlere Unternehmen vergeben werden. Bei den Sozialabgaben plant Bayrou einen besonderen Coup: Jedes Unternehmen soll zwei Mitarbeiter sozialbeitragsfrei einstellen duerfen. Die Patrons der Kleinbetriebe sind davon begeistert, doch viele Oekonomen warnen vor grossen Mitnahme- und geringen Beschaeftigungseffekten.

Anders als Royal haelt sich Bayrou mit teuren sozialen Versprechungen zurueck, was seine Kampfansage an die Staatsverschuldung glaubwuerdiger macht. Konkrete Sparvorschlaege fuer den Staatshaushalt fehlen allerdings auch bei Bayrou.

Nicolas Sarkozy ist der einzige Kandidat, der Einschnitte bei den Staatsausgaben angekuendigt hat. Der Chef der Regierungspartei UMP will die milliardenschweren Rentenprivilegien in Staatsunternehmen wie der Eisenbahngesellschaft SNCF kappen. Ausserdem plant Sarkozy, nur zwei von drei pensionierten Staatsdienern zu ersetzen. Er beabsichtigt darueber hinaus, den Subventionsdschungel zu lichten sowie die Arbeitslosenversicherung und die Steuerverwaltung zu verschlanken.

Die Elite der franzoesischen Wirtschaft hat er damit ueberzeugt: Die Topmanager der groessten franzoesischen Aktiengesellschaften im Leitindex CAC 40 wollen mit grosser Mehrheit Sarkozy waehlen. berschens@handelsblatt.com...